

# Deutschland nach dem Krieg – Positionen der Nachkriegsplanung der Alliierten

**Martina Köchling**

1999 werden in Deutschland verschiedene Jubiläen feierlich begangen. Am 23. Mai 1949, also vor fast genau 50 Jahren, wurde das Grundgesetz verkündet, das lediglich die politische Ordnung des staatlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland regeln sollte. Es wurde einem Übergangstatus Tribut gezollt, die gravierendste Folge des Zweiten Weltkriegs, die Teilung Deutschlands in politisch diametral entgegengesetzte staatliche Gebilde, sollte keinesfalls unterstützt werden.

Am 14. August 1949 fand die erste Bundestagswahl statt, und am 20. September konnte das erste Kabinett des Bundeskanzlers Adenauer seine Arbeit aufnehmen. Die drei Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich flankierten die politische Grundlegung dieses Weststaates mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September. An die Stelle der bisherigen Militärregierungen trat nun die zivile Alliierte Hohekommission.

1949 begann somit ein Prozeß der allmählichen Aufgabe der Besatzungsrechte der Alliierten, der für Westdeutschland eine sukzessive Wiedererlangung der politischen Souveränität zur Folge hatte. Der einstige Kriegs-

gegner wurde allmählich als Partner in die westliche Staaten- und Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen. Fünf Jahre nach Kriegsende änderten die Alliierten ihren Kurs gegenüber dem einstigen Kriegsgegner Deutschland, der in der dahinterstehenden Konzeption gerade in ökonomischer Hinsicht bis dahin einmalig gewesen war.

## Grundsätze der Nachkriegsplanung im Zweiten Weltkrieg

Zwei von Deutschland begonnene Weltkriege in einem Jahrhundert mahnten die Alliierten schon früh, der Planung für die Behandlung Deutschlands nach Kriegsschluß besondere Beachtung zu schenken. Deshalb begann die inhaltliche Vorbereitung auf die „Zeit danach“ bereits Ende 1942 und wurde auf den verschiedenen Kriegskonferenzen der Alliierten diskutiert<sup>1</sup>.

Es waren die Briten, die diese Planung dominierten und diese Schrittmacherverolle aus Eigeninteresse heraus ergriffen. Schon frühzeitig wurde realistisch anti-

zipiert, daß die Kosten der Kriegsführung Großbritanniens finanziell überlasten würden. Bei zunehmender Verschuldung, gerade gegenüber den USA, würde das Selbstverständnis als kontinentale Großmacht realpolitisch kaum mehr zu rechtfertigen sein. Verlauf und Ergebnis der Kriegsführung würden vielmehr USA und UdSSR als Großmächte bestätigen. Um machtpolitisch in der Nachkriegszeit weiterhin Bedeutung beanspruchen zu können, suchte Großbritannien eine neue Rolle schon früh zu ergreifen: die des Vermittlers zwischen den neuen Großmächten und den kleineren europäischen Staaten. Zudem mußten die Briten daran interessiert sein, die Kosten der zukünftigen Besetzung Deutschlands mit Blick auf die beständig wachsende eigene Verschuldung bei den USA möglichst gering zu halten. Deshalb entwickelten sie verschiedene Konzepte und brachten diese in die alliierte Planung für die Nachkriegszeit in Deutschland ein. Diese Konzepte konzentrierten sich vor allem auf ökonomische Schlüsselfragen, und bei der Ausarbeitung stand der Volkswirtschaftler John Maynard Keynes den Londoner Verantwortlichen zur Seite. In ökonomischer Hinsicht sollten potentielle Reibungsverluste, die negativ auf Großbritannien hätten zurückschla-



Demontage des Walzwerks II der August Thyssen-Hütte in Duisburg 1953

gen können, weitgehend vermieden werden<sup>2</sup>.

Die britischen Planungsvorgaben wurden von den USA bereitwillig aufgegriffen, denn seit dem Morgenthau-Intermezzo waren Entscheidungen über eigene amerikanische Konzepte blockiert. Das bei allen internen Konflikten über einen angemessenen Behandlungskurs gegenüber Deutschland sanktionierend orientierte Finanzministerium behinderte alle durchaus ökonomisch-moderat intendierten Nachkriegsplanungen des State Departments. Insofern kam es sogar vor, daß britische Ideen als amerikanische Vorschläge ausgegeben wurden. Die UdSSR und Frankreich, letztere ohnehin erst nachträglich zur Siegermacht erklärt, hielten sich bei der Nachkriegsplanung weitgehend zurück<sup>3</sup>.

Worum ging es nun bei dieser Planung über die zukünftige Behandlung Deutschlands? Alle Alliierten waren der Ansicht, daß ein militärischer Sieg über Deutschland mit anschließender Besatzungszeit bei Durchführung umfassender Abrüstungsmaßnahmen keine ausreichenden Mittel waren, eine erneute militärische Expansion Deutschlands zu verhindern und langfristig den Frieden in Europa zu sichern.

Es wurde gerade von Großbritannien klar erkannt, daß in hochindustrialisierten Zeiten weder politisch noch ökonomisch ein Land für sich alleine lebt, sondern auf die Zusammenarbeit mit den Staaten seines Wirtschaftsraumes angewiesen ist. Diese Grundregel würde nach britischer Auffassung auch für das Europa nach dem Zweiten Weltkrieg unter Einbeziehung von Deutschland gelten. Die Planung der Briten war zudem von der Überzeugung geprägt, daß ökonomische Prosperität der Garant für politische Stabilität nach freiheitlich-demokratischen Grundsätzen sei. Ökonomische Krisen hingegen würden den Nährboden für politische Radikalität darstellen – sowohl im linken als auch im rechten Spektrum. Hier zeigt sich, daß die Briten ganz bewußt aus der jüngsten Vergangenheit Lehren zogen<sup>4</sup>.

In deutschlandpolitischen Fragen ergab sich daraus ein Handlungsmuster, das Winston Churchill auf die griffige Formel brachte, dieses Land nach Kriegsschluß fett, aber impotent zu machen. Nach britischer Vorstellung müßte Deutschland weiterhin aktiv am Weltmarktgeschehen teilnehmen. Die traditionellen europäischen Handelsbeziehungen sollten nicht zerstört werden. Auch war man auf verschiedene deutsche Wirtschaftslei-

stungen durchaus angewiesen, die es zu erhalten galt. Vor allem aber sollte Deutschland in die Lage versetzt werden, die Import-Export-Bilanz möglichst schnell wieder selbst ausgleichen zu können. Hierbei stand bei den Briten eine Zusatzüberlegung im Hintergrund: Gelang Deutschland der Ausgleich nicht aus eigenen Mitteln, dann müßten die Besatzungsmächte vorfinanzieren – für das hochverschuldete Großbritannien kein geringes Problem. Es galt eben auch, die potentiellen Kosten der Besatzungszeit in Deutschland auf absehbare Zeit gering zu halten und möglichst wenig Geld auszugeben.

Der ökonomische Wiederbeginn und die Wiederteilnahme Deutschlands am Weltmarkt sollten sich allerdings in scharf reglementierten und langfristig von den Besatzungsmächten zu kontrollierenden Bahnen vollziehen. Und Deutschland sollten durchaus materielle Mittel genommen werden.

Die Briten versuchten also, zwei konzeptionelle Ansätze in der Nachkriegsplanung zu verbinden: die Sicherheit vor Deutschland, durch Beseitigung der Grundlagen für permanente militärische Aggression, wozu auch Eingriffe in Wirtschaftssubstanz und Wirtschaftsverfas-

sung zählten, und die Sicherheit mit Deutschland – durch Einräumung eines gewissen ökonomischen Wohlstands, mit dem es befriedigt leben könnte.

Auf interalliiierter Ebene verständigte man sich bis Ende des Krieges auf vier Kernpunkte, die für die Nachkriegsbehandlung Deutschlands konstitutiv sein sollten:

1. Entnazifizierung und Demokratisierung, d.h., die Beseitigung aller militaristischen und nationalsozialistischen Tendenzen in der Organisation von Staat und Gesellschaft, aber auch in der politischen Einstellung der Bevölkerung.
2. Die Demilitarisierung, d.h. die Vernichtung von Munition, Waffen, militärischen Einrichtungen und sonstigem Kriegsgerät.
3. Die Dekartellisierung, d.h. die Zerschlagung großer und damit politisch mächtiger Konzerne bei Wirtschaft und Banken, also die Beseitigung der horizontalen und vertikalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft.

4. Die Demontage, d.h. der Abbau von industriellen Produktionsstätten in Deutschland.

Es waren also Eingriffe in die wirtschaftliche Substanz Deutschlands vorgesehen. Die beabsichtigte Demontage wurde aber an komplizierte und arbeitsintensive Vorbedingungen geknüpft. Zunächst müßte für Deutschland ein sogenannter Industrieplan aufgestellt werden. Dieser sollte für jeden einzelnen Wirtschaftszweig detailliert festlegen, wieviel jährlich produziert werden dürfte, um einen „mittleren europäischen Lebensstandard“ in Deutschland zu garantieren. Im Anschluß daran könnte festgelegt werden, welche vorhandenen Produktionsstätten zur Erlangung dieses Produktionslimits nicht mehr benötigt würden, also *überflüssig* seien. Auch würde der Industrieplan festlegen, welche Güter nicht mehr von Deutschen produziert werden dürften, so daß es zukünftig Produktionsstätten geben würde, die sozusagen einer verbotenen Industrie angehörten. Produktionsstätten, die diesen überflüssigen Kapazitäten

und *verbotenen* Industrien angehörten, sollten also abgebaut, demontiert, werden. Deren Demontage würde aber nicht etwa zur Verschrottung führen, die Objekte sollten vielmehr einen aktiven Wiedergutmachungsbeitrag Deutschlands leisten, in dem sie als Reparation an diejenigen Länder verschickt würden, die Anspruch auf deutsche Reparationsleistungen hätten. In diesen Ländern könnten die demontierten Wirtschaftsgüter wiederaufgebaut werden und nach ihrer Wiedereingangssetzung an neuem Standort sogar einen Beitrag zur Überwindung der Kriegsfolgen leisten<sup>5</sup>.

Wiedergutmachung durch Demontage – diese Verknüpfung war neuerlich eine Lehre, die aus der Vergangenheit gezogen worden war, diesmal aus dem Vertrag von Versailles am Ende des Ersten Weltkriegs. Nach britischer Ansicht hätten die Alliierten seinerzeit die deutschen Reparationen letztlich selbst bezahlt. Dies galt es nun zu vermeiden. Der Umfang der Demontage entschied damit aber auch über die ökonomischen Möglichkeiten Deutschlands in der Zu-

Demontage der Preßwasseranlage der August Thyssen-Hütte in Duisburg 1948/49



kunft. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Punkte vertagte man auf den Beginn der Besatzungszeit. Dabei erwies sich schnell, daß diese Planung, wie sie die Briten determiniert hatten, zwar ökonomisch rational aber politisch nicht realistisch war.

## Interalliierte Konflikte der Nachkriegszeit

Hatten sich die UdSSR und Frankreich in der Phase der Kriegsplanung in deutschlandpolitischen Fragen bedeckt gehalten, sollte sich dies mit Beginn der sukzessiven Besetzung Deutschlands und über Verlauf der verschiedenen interalliierten Konferenzen radikal ändern. War die Kriegsplanung graue Theorie gewesen, erwies sich die Praxis nun als ungeahnt hart mit handfesten materiellen Konsequenzen sowohl für die einzelnen Zonen als auch für die jeweilige Besatzungsmacht. Jede Macht trug in „ihrer“ Zone eine derart riesige Verantwortung, daß kaum Platz für Kompromisse im Dienste der interalliierten Verständigung war. Und Sprengstoff für neue interalliierte Konflikte sollte sich noch entwickeln.

In der Rückschau betrachtet haben die Alliierten in keiner der vier Eckpunkte der Kriegsplanung zonenübergreifende Reglements zuwege bringen können. Im Verlauf der Besatzungszeit klappte die Intensität des Durchgreifens im zonalen Regierungsstil der Alliierten zunehmend auseinander.

Jede Macht entwickelte eine andere Grundhaltung „ihren“ Deutschen gegenüber. Erwiesen sich die Amerikaner schnell als erwartungsgemäß unbürokratisch, waren die Briten schon bald in ihren Entscheidungen erstaunlich pragmatisch orientiert. Sicherlich waren es die Russen, die die größte Distanz zu den Deutschen wahrten und völlig bürokratisch-formalistisch in ihrer Zone regierten. Doch auch die Franzosen pflegten einen sehr formell-distanzierten Umgang mit den Deutschen in ihrem Besatzungsgebiet.

Die Zwänge und Nöte in den vier wirtschaftlich sehr unterschiedlich strukturierten Zonen trugen dazu bei, daß besatzungspolitischer Anspruch und besatzungspolitische Realität auseinanderklafften. Zerstörte Städte und Felder, infolge des Zusammenbruchs des Transportsystems seit 1944 stillstehende Wirtschaft – die Not und das Elend der deutschen Bevölkerung waren unübersehbar und verschärften sich fast

täglich durch die Flüchtlinge aus dem einstigen Osten Deutschlands; heiße Sommer und bitterkalte Winter leisteten ihr übriges<sup>6</sup>.

General Lucius D. Clay setzte eigenmächtig die amerikanische Besatzungsdirective JCS 1067 außer Kraft, die vorschrieb, der deutschen Bevölkerung in durchaus bestrafender Absicht nichts zukommen zu lassen, was ihre Situation verbessern könnte. Tatsächlich war mit Beginn der Besetzung in Deutschland aber ein Krisenmanagement gefragt, das schnell und effizient griff, um der Verelendung Einhalt zu gebieten. Für die Briten bestand das Krisenmanagement in dem Rückgriff auf durchaus Bewährtes. Sie setzten Zug um Zug die alten deutschen Verwaltungsstrukturen wieder in Kraft. Ganz im Sinne des in den Kolonien bewährten Prinzips der „indirect rule“ wurde davon ausgegangen, daß die Deutschen, nach Durchlaufen strikter Entnazifizierungsverfahren, selbst am besten Verwaltungsaufgaben wahrnehmen würden und die britische Besatzungsmacht sich auf gezielte Vorgaben und kontinuierliche Überwachung beschränken könne<sup>7</sup>.

Zur Bewältigung des Alltäglichen erwies sich die britische Strategie als durchaus erfolgreich. Sie leistete aber trotz aller Bemühungen dem Eindruck Vorschub, der auch in der amerikanischen Zone auf der Entnazifizierung lastete. Die Großen ließ man bis auf wenige Ausnahmen laufen, die Kleinen hingegen nicht. Hieran konnten auch die Internierung von Prominenten und die Nürnberger Prozesse nichts ändern.

Lediglich im interalliierten Absichtenpunkt „Dekartellisierung“ begann man unmittelbar nach Kriegsschluß, zonenübergreifend einheitlich zu reagieren. Unmittelbar nach der Besetzung wurde das Vermögen großer exponierter Konzerne, Kohlenbergwerksbetriebe und Großbanken beschlagnahmt und treuhänderischen Verwaltungen unterstellt. Ziel der Entflechtung war, die horizontale Gliederung der Konzerne lediglich lokal begrenzt zu erhalten, die vertikale hingegen generell zu kappen. Es waren weitergehende zonenübergreifende Regelungen intendiert, die aber nicht zustande kamen. Insofern mußten hier dann doch wieder Zonensonderregelungen getroffen werden<sup>8</sup>.

Ungleich schwieriger war die Verständigung über die Festlegung der Demontage. Durch die Verknüpfung der Reparations- mit der Demontagefrage prallten hier die Gegensätze hart aufeinander. Denn jede alliierte Macht hatte andere Vorstellungen bezüglich der

Höhe der Reparationsforderungen, die sie einzufordern gedachte. Die UdSSR, die zweifellos die meisten Kriegsverluste und größten Zerstörungen zu beklagen hatte, reklamierte eine möglichst hohe deutsche Reparationsleistung. Auch Frankreich votierte in dieser Richtung. Die USA beanspruchten für sich überhaupt keine Reparationen, plädierten aber, wie Großbritannien auch, für eine Berücksichtigung des Reparationsanspruches der kleineren kriegs betroffenen Nationen.

Auf der Konferenz von Potsdam im Sommer 1945 konnte in der Reparationsfrage deshalb nur noch ein Formelkompromiß geschlossen werden. Deutschland wurde reparationspolitisch geteilt, denn man gestand der UdSSR zu, ihren Bedarf an Reparationsgütern maßgeblich aus der eigenen Zone zu befriedigen. Allerdings wurden Austauschlieferungen vereinbart, um sowohl einem rücksichtslosen Abbau vorzubeugen als auch die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu unterstreichen und somit die größtenteils eher industriell strukturierten Westzonen an den dringend benötigten agrarischen Produkten der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) teilhaben zu lassen. Der UdSSR wurde ein Viertel der Reparationsgüter aus den Westzonen zugestanden, wovon sie allerdings 15 % mit Lebensmittellieferungen abgelten sollte. Alles weitere sollte im Berliner Alliierten Kontrollrat ausgehandelt werden<sup>9</sup>. Für diesen aber war die Erstellung eines Industrieplans und damit eine Festlegung des Abbau- und Reparationsniveaus eine fast unlösbare Aufgabe. Denn nun prallten nicht nur unterschiedliche Reparationsforderungen aufeinander, sondern zudem noch abweichende Vorstellungen über die ökonomische Rolle, die man Deutschland zukünftig einzuräumen bereit war.

## Die Erstellung der Industriepläne

Jede Besatzungsmacht delegierte in den Alliierten Kontrollrat Offiziere, die in verschiedenen fachlich gegliederten Arbeitsgruppen über wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Schlüsselfragen der Zukunft Deutschlands beraten und beschließen sollten. Es wurde durchaus Fachpersonal entsandt. Neben Angehörigen von Ministerien kamen deshalb auch Verbands- und Unternehmensrepräsentanten nach Berlin, um an den Beratungen teilzunehmen. Dies hat dem beständig auf der Reparations- und Demontagefrage lastenden Vorwurf Vorschub geleistet, die Alliierten würden

hierüber gezielt deutsche Konkurrenzunternehmen ausspionieren sowie auszuschalten oder zumindest nachhaltig zu behindern versuchen.

Es kam im Kontrollrat also geballter Sachverstand zusammen. Allerdings gab es ein Problem: die Beschaffung der notwendigen Informationen. Trotz aller Recherche während des Krieges, Unternehmensinspektionen und laufender Untersuchung im Zuge der Besetzung lag kein geschlossener und neutraler Materialbestand vor, der von den Alliierten hätte gemeinsam genutzt werden können. Systematische Betriebsüberprüfungen waren nach wie vor unumgänglich. Bei exponierten Unternehmen, z.B. der Eisen- und Stahlindustrie, fanden sie dann auch auf Vier-Mächte-Basis statt. Zudem klappte die Kommunikation mit den Besatzungsoffizieren vor Ort nicht reibungslos. Dies hatte nicht nur technische, sondern auch zwischenmenschliche Probleme, denn persönliche Unstimmigkeiten zwischen Repräsentanten der verschiedenen Ebenen der Militärregierung wirkten sich hier auch negativ aus.

Dieses Informationsproblem hatte jede Besatzungsmacht. Alec Cairncross, auf britischer Seite Teilnehmer an den Kontrollratsverhandlungen über den Industrieplan und daraus abgeleitet des Demontageprogramms, kolportierte in seinen Erinnerungen dieses Defizit und seine Konsequenzen für die Verhandlungen als: „A Country to Play with“. Jede Teilnehmermacht habe wie in einem Spiel lediglich Zahlen für das Volumen der zukünftigen wirtschaftlichen Produktion und der verbleibenden Kapazität in den Raum gestellt. Dabei besaß keine Macht überhaupt eine Vorstellung davon, was in den vier Zonen an industrieller Substanz vorhanden und nutzbar war, ganz zu schweigen von den Produktionsquoten, die notwendig waren, um den Ausgleich der Import-Export-Bilanz zu gewährleisten. Mit viel Mühe sei es der britischen Delegation immerhin gelungen, eine vollständige Reihe der Statistik des deutschen Reiches aufzutreiben, um sich zumindest bei der Einschätzung der Vorkriegskapazität eine konkrete Materialgrundlage zu verschaffen<sup>10</sup>.

Erst am 27. März 1946 konnte nach langen, zähen Verhandlungen vom Berliner Kontrollrat der Industrieplan verabschiedet werden. Er wird als der *erste* Industrieplan bezeichnet. Daß ihm schon bald ein zweiter folgte, hatte verschiedene Ursachen. Der erste Plan trug im wesentlichen der sowjetischen Reparationsforderung genüge, die mit 10 Mrd. USD beziffert wurde. Über die Jahres-

wende 1945/46 waren gerade die Amerikaner im Kontrollrat bemüht, der sowjetischen Forderung Geltung zu verschaffen. Insofern stimmten sie einem Industrieplan zu, der dem Muster folgte: eine geringe erlaubte Produktion bei hohem reparationspflichtigen Abbau von demnach überflüssigen bzw. verbotenen Kapazitäten. In Zahlen gesprochen bedeutete dies eine Reduzierung der industriellen Tätigkeit in Deutschland auf 50-55 % des Wertes von 1938 bzw. auf 70-75 % der Produktion von 1936. Die Produktion von Schiffen und verschiedenen chemischen Produkten wurde verboten. Allein in der britischen und amerikanischen Zone sollten 1800 Objekte demontiert werden<sup>11</sup>.

Welche Produktionsvorstellungen sich hierunter verbargen, zeigt ein Blick auf den Bereich Eisen und Stahl. Nach Maßgabe vom März 1946 sollte lediglich ein jährlicher Ausstoß von 5,8 Mio. t Rohstahlblöcken erlaubt sein. Für die Briten, die in den vorausgegangenen Verhandlungen mit ihren Vorstellungen von 10-12 Mio. t jährlich gescheitert waren, war der erste Industrieplan schlicht inakzeptabel. Allerdings hatten sie sich nicht gegen die Franzosen, die auch zu bis 7 Mio. t jährlicher Produktion bereit gewesen wären, und die UdSSR, die für lediglich 4,8 Mio t plädiert hatte, durchsetzen können. Die Briten hatten dem Plan lediglich um des interalliierten Kompromisses willens zugestimmt, waren aber davon überzeugt, die drei Mächte würden schon bald erkennen, daß eine Revision notwendig sei<sup>12</sup>. Die Revision des Industrieplanes folgte tatsächlich schon bald, allerdings unter völlig geänderten Vorzeichen.

Der revidierte Industrieplan wurde im August 1947 herausgegeben. Er hatte nur noch für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Geltung, denn zum 1. Januar 1947 war der Zusammenschluß der britischen mit der amerikanischen Besatzungszone erfolgt, der sogenannten Bizone. Aus der reparationspolitischen Teilung Deutschlands war im Verlauf des Jahres 1946 die wirtschaftliche Teilung des Landes erwachsen.

Anlaß der Konflikte im Kontrollrat waren die ausbleibenden Austauschlieferungen von Lebensmitteln aus der sowjetischen Besatzungszone für Demontagegüter aus den Westzonen. Dies wurde den Sowjets als kompromißlose Selbstbedienung und Bruch der wirtschaftlichen Einheit ausgelegt. Es wurde dabei übersehen, daß die UdSSR zu diesen Lieferungen kaum in der Lage war. Mißwirtschaft und fehlender Ernteeinsatz im Gefolge der Besetzung hatten die Ertragslage deutlich gesenkt. In der SBZ

war der Hunger nicht geringer als in den westlichen Zonen. Allerdings fehlten amerikanische Lebensmittellieferungen, die als Soforthilfemaßnahme hätten eingesetzt werden können. Großbritannien hatte derartige Lieferungen, die für das Heimatland vorgesehen waren, teilweise in ihre Zone umleiten müssen.

Die Briten waren an der wachsenden Ost-West-Konfrontation nicht unbeteiligt<sup>13</sup>. Wenn ein konstruktiver Behandlungskurs gegenüber Deutschland mit der UdSSR nicht möglich war, dann mußte er gegen die UdSSR zumindest für die Westzonen durchgesetzt werden. Die USA schlossen sich zunehmend dieser Auffassung an. Das Bizonen-Abkommen verdeutlicht, wie stark der ideologische Konflikt zwischen UdSSR und USA nun die Deutschlandpolitik auch in wirtschaftlichen Fragen bestimmen würde. Es war ausdrücklich ein gesellschafts- und ordnungspolitischer Forderungskatalog formuliert worden, der es der UdSSR unmöglich machte, selbst wenn sie es gewollt hätte, mit ihrer Zone beizutreten<sup>14</sup>.

Damit trat auch ein Bruch in der Reparationspolitik ein. Die UdSSR, die bereits 1946 begonnen hatte, Abbauarbeiten in ihrer Zone zugunsten von Entnahmen von Reparationen aus der laufenden Produktion zurückzustellen, verkündete im Januar 1947 das vorläufige Ende der Demontage in der SBZ und griff zur „juristischen Demontage“. Es wurden sowjetische Aktiengesellschaften gegründet, deren Produktionsausstoß bis Ende 1953 der Sowjetunion zur Verfügung stand. Diese Gesellschaften wurden erst seit 1954 schrittweise wieder an die Deutsche Demokratische Republik per Verkauf zurückgegeben<sup>15</sup>.

Der zweite revidierte Industrieplan legte das durchschnittliche Produktionsniveau auf 90-95 % des Standes von 1936 fest. Der Stahlausstoß wurde auf 10,7 Mio. t fixiert. Diese Ziffern galten allein für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Mit diesem Industrieplan im Hintergrund konnte auch der reparationspflichtige Abbau verbindlich festgelegt werden. Im Oktober 1947 wurde eine detaillierte Liste aller zum Abbau vorgesehenen Objekte vorgelegt – die nach Zonen und innerhalb der Zonen nach Ländern geordnete sogenannte Demontageliste. Sie umfaßte 682 Objekte. Im November folgte eine Liste allein für die Demontagen in der französischen Zone, die sich mit der Bizone zum Ende des Jahres 1947 zur Trizone vereinigte. Diese Liste enthielt 236 Einheiten. Insgesamt waren damit 918 Objekte für den Abbau in den drei Westzonen vorgesehen.

Das Land Nordrhein-Westfalen mit dem industriellen Ballungsraum Ruhrgebiet sah der größten Abbauforderung entgegen. Es waren auf der Demontageliste für dieses Land allein 294 Objekte aufgeführt, die sich sektoral folgendermaßen verteilten<sup>16</sup>:

Rüstungsfabrikation	43
Eisen- und Stahlindustrie	77
Maschinenbau	4
Chemische Industrie	19

Für die Eisen- und Stahlindustrie verbarg sich hierunter folgende produktionstechnische Verteilung<sup>17</sup>:

Einzelne Hochofenwerke	2
Stahlerzeugnisse	15
Elektrische Schmelzöfen in den Hauptstahlwerken	8
Kleinere Stahlwerke	15
Stahlverarbeitung	37

Für verschiedene Unternehmen war der angedrohte Verlust der aufgeführten Produktionsstätten zweifellos einschneidend. Entsprechend heftig wurde auch sofort in der Öffentlichkeit Kritik geübt<sup>18</sup>. In der ökonomischen Gewichtung – sowohl der Konzeption als auch der 1947 vorgelegten konkreten Pläne – relativiert sich der spektakuläre Eindruck. Denn es war weder eine ernsthafte Schädigung der westdeutschen Volkswirtschaft intendiert, noch hätte die Umsetzung des Abbauplanes von 1947 die Wirtschaft ernsthaft schädigen können.

Grundsatz bei der Erstellung der Demontageliste war, in den einzelnen Branchen lediglich denjenigen Kapazitätszuwachs wegzunehmen, der in der Aufrüstung spätestens seit 1936 hinzugekommen war – mehr nicht. Mit Industrieplan und Demontageliste von 1947 war also keine Wende der (west-)alliierten Industriepolitik intendiert. An dem Konzept der Kürzung des industriellen Kapitalstocks in Deutschlands und des Verbotes von verschiedenen Produktionen wurde ausdrücklich festgehalten – allerdings auf einem quantitativ und qualitativ moderateren Niveau, als es die Briten im Grunde seit dem Krieg gefordert hatten<sup>19</sup>.

Industrieplan und Demontageliste bestätigten aber ausdrücklich, was in Potsdam auf Vier-Mächte-Basis vereinbart worden war: den Entschädigungsanspruch derjenigen Länder, die am Krieg teilgenommen bzw. vom Krieg materiell betroffen worden waren, mehr als zwei Jahre nach Ende des Krieges nun endlich einzulösen. Institutionell war für die Verteilung der Reparationsobjekte die Inter Allied Reparations Agency (IARA) mit Sitz in Brüssel verantwortlich. Aufge-



Demontage des Walzwerks II der August Thyssen-Hütte in Duisburg 1953

bracht werden mußten die Objekte nun in den Unternehmen in den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

## Demontagepolitik und Wiederaufbau

Industrieplan und Demontageliste von 1947 stellten einen Behandlungskurs gegenüber Deutschland dar, an dem die Briten künftig festzuhalten gedachten. Produktions- und Abbaquoten erschienen ihnen politisch und ökonomisch angemessen. Doch das Beharren fiel immer schwerer, denn die Briten mußten sich dabei zunehmend gegen einen Geist stellen, den sie selber gerufen hatten: die USA entwickelten ein intensives Verantwortungsgefühl für Wohl und Wehe der europäischen Wirtschaft, das auch ein stärkeres finanzielles Engagement nicht mehr ausschloß, die Konfrontation mit der UdSSR förmlich suchte und Deutschland durchaus als Austragungsort sah<sup>20</sup>.

Am 5. Juni 1947 unterbreitete der amerikanische Außenminister George C. Marshall in einer Rede an die europäischen Regierungen das Angebot, gemeinsam ein Wiederaufbauprogramm zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen des Zweiten Weltkriegs vorzubereiten, das die USA auch mit finanziellen Mitteln ausstatten würde. Diese Rede ging als Geburtsstunde des European Recovery Programs (ERP) – griffig nach dem Minister „Marshallplan“

genannt – in die Geschichte ein. Das ERP erhielt am 3. April des darauffolgenden Jahres nach langen, intensiven Beratungen Gesetzeskraft. Es war zentrales Element einer global orientierten Politik der USA, die nicht nur ökonomischen Erfordernissen Rechnung trug, sondern auch machtpolitische Konsequenzen zu ziehen bereit war<sup>21</sup>.

Seit der Rede von Marshalls Amtsvorgänger, Francis Byrnes, im September 1946 in Stuttgart war klar, daß die USA Deutschland in jedwede europäisch intendierte Wiederaufbauaktion für demokratisch und kapitalistisch orientierte Staaten einbeziehen würden. Dies war ab 1948 auch der Fall. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet wurde Teilnehmerland am ERP; vertreten über die drei zuständigen Militärgouverneure hatte es Sitz und Stimme in der Pariser Organization for European Economic Cooperation (OEEC), dem supranationalen Entscheidungsorgan, das durchaus als Vorreiter der Europäischen Gemeinschaft gesehen werden kann<sup>22</sup>.

In dem Maße, in dem sich der Ost-West-Konflikt über die Vorbereitung des ERP verschärfte, an dem nur Staaten teilnehmen konnten, die sich zur Wahrung der demokratischen Staatsform und der kapitalistischen Wirtschaftsform verpflichteten, wuchs auch der Stellenwert, der für die Zukunft Westdeutschland in diesem ökonomisch-politischen System zugemessen wurde. Deutschland sollte, wie es der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher treffend formulierte, durch wirtschaftlichen Erfolg und steigenden

Lebensstandard möglichst intensiv „magnetisiert“ werden, um den östlichen Teil wieder an sich ziehen zu können. Beschränkungen oder gar Verbote der Produktion von durchaus für Europa interessanten deutschen Wirtschaftsgütern waren zunehmend schwerer zu begründen. Und in dem Maße, in dem ERP-Mittel als Wiederaufbauhilfe nach Deutschland flossen, stieg auch die Kritik am Abbau intakter Wirtschaftsgüter in Deutschland – selbst wenn das zum Zwecke der Reparatur erfolgte.

Dies wurde nicht nur in der amerikanischen Öffentlichkeit diskutiert. Auch die Deutschen selbst wurden, was nachgerade selbstverständlich war, nicht müde, mit zunehmender Intensität auf diese beiden Widersprüche hinzuweisen und den ökonomischen Widersinn der Demontage bei gleichzeitigem Wiederaufbau aufzuzeigen. Hinzu kam, daß Westdeutschland, das sich durch die Übergabe der Frankfurter Dokumente und die Einberufung des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee seit 1948 um den Preis einer Determinierung der Teilung politisch konstituierte, auch Entgegenkommen erwarten konnte, und das nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht. Dieses Entgegenkommen bestand in der Tat in der sukzessiven Lockerung von Produktionsbeschränkungen, Freigaben von Produktionsverboten und eben Freistellungen von der Demontage.

Erste umfangreiche Kürzungen der Demontageliste erfolgten mit dem Washingtoner Abkommen vom April 1949. Der größte Teil der Unternehmen wurde von der Demontage freigestellt, die sich nun auf große Verbundanlagen wie die August-Thyssen-Hütte in Duisburg konzentrierte. Noch im November desselben Jahres wurde mit dem Petersberger Abkommen das Ende der Demontage eingeleitet. Dieses Abkommen kam unter Einbeziehung der ersten deutschen Bundesregierung unter Konrad Adenauer zustande und wurde als Sieg der Vernunft gefeiert, der nur durch die beharrlichen Proteste aller deutschen Gesellschaftsgruppen gemeinsam möglich gewesen sei. In dieser Hinsicht leistete die Demontage durchaus einen psychologisch wichtigen Beitrag zum Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland.

Die Alliierten beschränkten sich in der Folgezeit auf die Kontrolle von industrieller Kapazität und Produktion. Durchführungsorgan war das Military Security Board (MSB). Bis 1952 fielen schrittweise offiziell alle Produktionsbeschränkungen, die ausgewählte Branchen inoffiziell schon seit Antritt der

Bundesregierung in Absprache mit dem Bundeswirtschaftsministerium durchaus überbieten durften. „Dank“ der Kontrolle durch das MSB konnte Westdeutschland ab 1952 sogar die Produktion von Rüstungsgütern wieder erlaubt werden. Erst 1955 stellte das MSB seine zuletzt nur noch symbolisch ausgeübten Kontrollen ein.

Die Freigabe von Produktion und Kapazität erfolgte also quasi im Gegenzug zu einer Reglementierung und Institutionalisierung von Kontrolle. Hierzu zählt auch die Gründung der Montanunion, mit der französische Ressentiments und industriepolitische Bedenken kanalisiert sowie die westdeutschen Schlüsselindustrien Kohle und Stahl partnerschaftlich in den europäischen Wirtschaftsraum integriert werden konnten. Das Festhalten an der Kontrolle der deutschen Produktion durch das MSB war ein Kunstgriff, der Großbritannien half, das Gesicht zu wahren, trotz Aufgabe aller langjährig verfochtenen Positionen in der Reparations- und Demontagefrage sowie der Industrie- und Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland.

Durch ihr stures Beharren auf der Durchführung von Produktionsbeschränkung und Demontage gegen das wachsende Drängen der Amerikaner auf Lockerung und dann sogar Aufgabe werden die Briten noch heute als Besatzungsmacht angesehen, die aus formalistischen Hardlinern bestanden habe. Darüber geriet ihre moderate Grundhaltung in deutschlandpolitischen Fragen in Vergessenheit, die sie im interalliierten Zusammenspiel bis 1947 durchaus zum Vorteil des späteren Westdeutschland gespielt hatten. Und selbst bei der Durchführung der Demontagen in ihrer Zone ab 1947 verzichteten sie lange Zeit auf ein kompromißloses Durchgreifen. Sie setzten vielmehr auf eine Kooperation mit den Deutschen.

Aus Angst vor einem passiven Widerstand der deutschen Bevölkerung, der einen Zusammenbruch der nur zögerlich anlaufenden industriellen Produktion zur Folge hätte haben können, waren die Briten in ihrer Zone beständig bemüht, in der Demontagefrage möglichst zu vermitteln. Als die Demontageforderung im Oktober 1947 endlich konkret war, griffen sie zu einem sehr ungewöhnlichen Mittel: Sie beriefen in jedem Land in ihrer Zone Kommissionen ein, in denen die Militärregierung gemeinsam mit Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften über die Planung und Durchführung des Abbaus beriet. Es galt, nicht nur soziale, sondern auch ökonomisch negative Folgewirkungen

für die verschiedenen Regionen zu vermeiden. Deshalb sollte für jedes einzelne Demontageobjekt unter Berücksichtigung der jeweiligen individuellen Gegebenheiten ein Zeitpunkt für den ökonomisch und sogar arbeitsmarktpolitisch günstigsten Demontagebeginn und den raschen Abbau erarbeitet werden<sup>23</sup>.

In Nordrhein-Westfalen tagten diese Ausschüsse bis in das Jahr 1948 hinein. Es wurden Abbaetermine vereinbart, die mitunter bis in das Jahr 1949 reichten. Doch diese Episode anglodeutscher Zusammenarbeit ist in Vergessenheit geraten. In Erinnerung geblieben sind die Proteste wütender Menschen, die verzweifelt für den Erhalt ihres Werkes kämpften, denn es waren ihre Arbeitsplätze, die schließlich ersatzlos verloren gehen würden, wie das Hauptargument lautete<sup>24</sup>. Im nachhinein betrachtet wurde zeitgenössisch Negatives gegen die Demontage an sich vorgebracht. Tatsächlich kostete die Demontage keine Arbeitsplätze, dazu war der Mangel an Arbeitern bei gleichzeitigem Angebot an Ausweich-Arbeitsplätzen zu groß.

Die materielle Bedeutung der alliierten Reparations- und Demontageeingriffe war, abgesehen von Einzeleingriffen, volkswirtschaftlich betrachtet gering. Die Demontagen am westdeutschen Kapitalstock haben, wenn überhaupt, nur kurzfristig negative Folgen gezeitigt. Mittel- und langfristig betrachtet legten sie – wie die Entflechtung auch – den Grundstein zum deutschen „Wirtschaftswunder“, da die alten Maschinen und ineffizienten Anlagen abgebaut wurden. Durch die radikalen industriepolitischen Forderungen und Abbaupläne der Alliierten, die ja schon seit 1946 vorlagen, war die deutsche Wirtschaft schon früh gefordert, einen wirklichen produktionstechnischen Neuanfang vorzubereiten. Insofern forcierte der Abbau die Modernisierung und Rationalisierung der deutschen Wirtschaft, auf die sich seit den 50er Jahren die neuerliche weltweite Führungsrolle der westdeutschen Wirtschaft erfolgreich gründen konnte<sup>25</sup>.

Zugleich war die Demontage ein wichtiges Argument für die Wirtschaft, um die dazu notwendigen Finanzierungsmittel auch von den deutschen staatlichen Stellen zu erhalten. Die Privatunternehmen vertraten die Auffassung, der reparationspflichtige Abbau sei lediglich ein Vorgriff auf die Verpflichtung des Rechtsnachfolgers des Deutschen Reiches, denn wenn schon keine Entschädigung erfolge, dann sei es ökonomisch zumindest zwingend notwendig, daß der Demontage dringend benötigter Anlagen

bzw. Anlagenteilen eine *Remontage* folgen müsse. Vor diesem Hintergrund ist es nur logisch, daß die Frage nach dem tatsächlichen Umfang der alliierten Demontagen schon zeitgenössisch nicht eindeutig beantwortet werden konnte. Schadenserhebungsversuche von Bund und Land Nordrhein-Westfalen wurden von den Unternehmen und ihren Interessenvertretern bei Kammern und Verband erfolgreich blockiert.

Das Argument „Demontage“ eröffnete noch bis weit in die 70er Jahre hinein die Möglichkeit zur Akquisition von Finanzhilfen. Tatsächliches Ziel der Remontage war die Finanzierung der Modernisierung des Kapitalstocks und der Rationalisierung der Produktionsabläufe und des Arbeitseinsatzes. Dies wurde von den Unternehmen schon in den ersten Treffen nach Kriegsende als vorrangige Aufgabe bezeichnet, um die ökonomischen Verwerfungen der Zeit des Nationalsozialismus zu beseitigen. Daß dies derart schnell gelang, war nicht zuletzt das Verdienst der Demontagen. – Ein solcher Umkehreffekt der alliierten Reparations-, Demontage- und Industriepolitik war bei aller dezidierten Planung nicht vorhersehbar gewesen. Für die Briten kam als durchaus tragisch zu nennendes Element hinzu, daß auch der angestrebte machtpolitische Bedeutungszuwachs nicht funktionierte. Zwar hatten sie den Krieg gewonnen, aber den Sieg verloren<sup>26</sup>.

## Anmerkungen

- 1 Der Beitrag zitiert die jeweils innovativen Erstveröffentlichungen zu einem Themenkomplex. Es werden im wesentlichen die Ergebnisse der Arbeit Köchling 1995 zusammengefaßt, dort auch weitergehende Literatur- und Quellennachweise.
- 2 Vgl. Kettenacker 1989.
- 3 Vgl. Jerchow 1978.
- 4 Vgl. Cairncross 1989.
- 5 Vgl. Foschepoth 1985.
- 6 Ausführlicher dazu Abelschauser 1983.
- 7 Vgl. Plumpe 1987.
- 8 Zur Planung für den Bereich Bergbau vgl. Abelschauser 1984, für den Bereich Eisen- und Stahl vgl. Bühner 1986 und für den Bankenbereich Horstmann 1991.
- 9 Vgl. Fisch 1992.
- 10 Vgl. Cairncross 1987.
- 11 Dazu vgl. Winkel 1974.
- 12 Vgl. Müller 1984.
- 13 Vgl. Loth 1980.
- 14 Dazu vgl. Steininger 1983, Bd. 1.
- 15 Vgl. Zank 1987, speziell zum Uranbergbau in Sachsen und Thüringen vgl. neuerdings Karlsch 1998.
- 16 Vgl. Die Demontageliste für das Land Nordrhein-Westfalen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, Denkschrift der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1947, S. 39 ff.
- 17 Vgl. ebd.

- 18 Siehe hierzu die Bibliographie zeitgenössischer Stellungnahmen zur Reparations- und Demontagefrage sowohl vor als auch nach Erscheinen der Demontageliste bei Köchling 1995, S. 369 ff.
- 19 Vgl. auch Kramer 1991.
- 20 Vgl. Herbst 1986.
- 21 Zum Marshallplan vgl. Hardach 1994.
- 22 Vgl. die Beiträge in Herbst u.a. 1990.
- 23 Vgl. Scriverius 1979.
- 24 Vgl. Hoebink 1980.
- 25 Dieser Umkehreffekt der Demontage wurde erstmals von Benz 1976 hervorgehoben.
- 26 Ausführlich vgl. Barnett 1995.

## Bibliographie

- ABELSHAUSER, Werner:  
1983 *Wirtschaft in Westdeutschland, Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone 1945-1980*, Frankfurt (Main) 1983.
- 1984 *Der Ruhrkohlebergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung*, München 1984.
- BARNETT, Correll:  
1995 *The lost Victory. British Dreams, British Realities 1945-1950*, London 1995.
- BENZ, Wolfgang:  
1976 *Wirtschaftspolitik zwischen Demontage und Währungsreform*, in: *Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik: 1945-1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte*, München 1976, S. 67-89.
- BÜHRER, Werner:  
1986 *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945-1952*, München 1986.
- CAIRNCROSS, Alec:  
1987 *A Country to Play with. Level of Industry Negotiations in Berlin 1945-1946*, Gerrards Cross 1987.
- 1989 *The Price of War. British Policy on German Reparations, 1941-1949*, Oxford/New York 1989.
- FISCH, Jörg:  
1992 *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1992.
- FOSCHEPOTH, Josef:  
1985 *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945 – 1952*, Göttingen, Zürich 1985.
- HARDACH, Gerd:  
1994 *Der Marshallplan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952*, München 1994.
- HERBST, Ludolf:  
1986 *Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986.
- HERBST, Ludolf u.a. (Hrsg.):  
1990 *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990.
- HOEBINK, Hein:  
1980 *Demontagen in Nordrhein-Westfalen 1947-1950*, in: *Westfälische Forschungen* 30, 1980, S. 215-234.
- HORSTMANN, Theo:  
1991 *Die Alliierten und die deutschen*

- Großbanken. Bankenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 1991.
- JERCHOW, Friedrich:  
1978 *Deutschland in der Weltwirtschaft 1944-1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft*, Düsseldorf 1978.
- KARLSCH, Rainer:  
1998 *Der Uranwettlauf 1939 bis 1949*, in: *Der Anschnitt* 50, 1998, S. 46-58.
- KETTENACKER, Lothar:  
1989 *Krieg zur Friedenssicherung, Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs*, Göttingen 1989.
- KÖCHLING, Martina:  
1995 *Demontagepolitik und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen*, Essen 1995.
- KRAMER, Alan:  
1991 *Britische Demontagepolitik in Hamburg, 1945-1950*, Hamburg 1991.
- LOTH, Wilfried:  
1980 *Die Teilung der Welt, Geschichte des Kalten Krieges 1941 – 1955*, München 1980.
- MÜLLER, Gloria:  
1984 *Sicherheit durch wirtschaftliche Stabilität? Die Rolle der Briten bei der Auseinandersetzung der Alliierten um die Stahlquote des 1. Industrieplanes vom 26. März 1946*, in: *Dietmar Petzina/Walter Euchner (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949*, Düsseldorf 1984, S. 65-86.
- PLUMPE, Werner:  
1987 *Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone*, Düsseldorf 1987.
- SCRIVERIUS, Dieter:  
1979 *Die britische Deutschlandpolitik im Spiegel der Überlieferungen des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf*, in: *Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone*, Wiesbaden 1979, S. 93-102.
- STEININGER, Rolf:  
1983 *Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden*, München 1983.
- WINKEL, Harald:  
1974 *Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945-1970*, Wiesbaden 1974.
- ZANK, Wolfgang:  
1987 *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987.
- Anschrift der Verfasserin:**  
Dr. Martina Köchling  
Kreditanstalt für Wiederaufbau  
Palmengartenstraße 5-9  
D-60325 Frankfurt (Main)